

Institute for Empirical Research in Economics
University of Zurich

Working Paper Series
ISSN 1424-0459

Working Paper No. 23

Demokratieindizes für die Kantone der Schweiz

Alois Stutzer

October 1999

Demokratieindizes für die Kantone der Schweiz

von

Alois Stutzer*

Zusammenfassung: Die direkte Demokratie ist in den Kantonen der Schweiz unterschiedlich stark ausgeprägt. Die Beteiligung der Bürger im politischen Prozess via Verfassungs- und Gesetzesinitiative, Gesetzesreferendum und Finanzreferendum ist durch verschieden hohe Hürden eingeschränkt. Unterschiede bestehen beispielsweise bei der Anzahl Unterschriften, die verlangt werden, um ein Instrument zu ergreifen, der Zeit, welche für die Sammlung der Unterschriften zur Verfügung steht, oder der Ausgabenhöhe, ab welcher ein Finanzreferendum möglich ist. Diese Unterschiede werden verwendet, um Indizes für die direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger zu berechnen. Die Indizes öffnen ein weites Feld für die institutionell vergleichende Forschung in der Schweiz.

Schlüsselbegriffe: Direkte Demokratie, Demokratieindex, Institutionen, institutionell vergleichende Forschung

JEL-Klassifikationen: H11, H73, K19

* Institut für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Zürich, Blümlisalpstrasse 10, 8006 Zürich, Tel.: 01 634 37 28, E-mail: astutzer@iew.unizh.ch. Ich danke Uwe Serdült und Alexander Trechsel für ihre Unterstützung und den Vorabzug ihres Buchs und Jürg de Spindler, Reiner Eichenberger und Bruno S. Frey für hilfreiche Anregungen.

1 Einleitung

Die politikwissenschaftliche Literatur zur Definition und Messung von Demokratie ist gross.¹ Ein theoretisches Gerüst für einen Demokratieindex, das anwendbar ist auf politische Einheiten mit stark direktdemokratischer Ausprägung, findet man hingegen nicht. Eine Operationalisierung der direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger im politischen Prozess ist für die vergleichende empirische Forschung jedoch zentral. Gerade die Schweiz mit 26 Gliedstaaten und grossen institutionellen Unterschieden bietet ein ideales Feld für Vergleichsstudien. Mit der Berechnung von Demokratieindizes für die Kantone der Schweiz wird hier versucht, diese Lücke zu schliessen.

Einzelne Aspekte der direktdemokratischen Institutionen wurden für die Kantone (Moser 1985, Kriesi 1995, Pommerehne und Weck-Hannemann 1996) und Städte der Schweiz (Pommerehne 1978, Feld und Kirchgässner 1999) bereits systematisch erfasst und für die politikwissenschaftliche (zum Bsp. Vatter 1997) und besonders die wirtschaftswissenschaftliche Forschung (für einen Überblick vgl. Kirchgässner, Feld und Savioz 1999) fruchtbar gemacht. Es bestehen jedoch noch zahlreiche offene Fragen bezüglich der Auswirkungen direktdemokratischer Mitbestimmung. Wie beeinflussen beispielsweise die Referendumsmöglichkeiten den Grad der Zentralisierung, oder wie wirken sich Initiativen und Referenden auf das Wahlverhalten der Bürger aus? Wählen sie innovativere und mutigere Politiker, wenn sie wirkungsvoll kontrollieren können (Eichenberger 1999)? Welchen Einfluss haben die direktdemokratischen Institutionen auf das gegenseitige Vertrauen der Leute, das Vertrauen in die Regierung, die Zufriedenheit mit der Demokratie (für repräsentative Demokratien vgl. Anderson und Guillory 1997) oder mit dem Leben an sich (Stutzer und Frey 1999)? Je nach Fragestellung stehen dabei andere Aspekte der direktdemokratischen Beteiligung im Vordergrund. Wird beispielsweise das Ausgabengebaren von Kantonen untersucht, interessiert ein Index, welcher die Einflussmöglichkeiten der Bürger in Finanzangelegenheiten erfasst. Soll hingegen der Einfluss der Mitbestimmung auf die Zufriedenheit der Bürger analysiert werden, ist die Mitbestimmung möglichst breit einzubeziehen.

Die demokratische Ausprägung eines Staatsgebildes kann entweder durch den Vergleich mit einem anderen demokratischen Staatswesen ausgedrückt oder bezüglich gewisser Grundprinzipien definiert werden (Saward 1994: 6). Hier wird der zweite Weg gewählt. Als Grundprin-

¹ Eine Übersicht gibt die Aufsatzsammlung von Beetham (1994) und Siermann (1998).

zip herangezogen wird die Mitbestimmung der Individuen bei staatlichen Angelegenheiten (Sachfragen), die einen Einfluss auf ihr Leben haben.

In den Kantonen der Schweiz existieren für die direkte Mitbestimmung der Bürger verschiedenste Institutionen, u.a. Verfassungs- und Gesetzesinitiative sowie Gesetzes- und Finanzreferendum. Eine wertvolle und detaillierte Übersicht bieten Trechsel und Serdült (1999). Der Zugang zu diesen Instrumenten ist jedoch von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Unterschiede bestehen beispielsweise bei der Anzahl Unterschriften, die verlangt werden, um ein Instrument zu ergreifen, der Zeit, welche für die Sammlung der Unterschriften zur Verfügung steht, oder der Ausgabenhöhe, ab welcher ein Finanzreferendum möglich ist.

Neben Sachabstimmungen als Form der Mitbestimmung existierten in fünf Kantonen zusätzlich noch Vollversammlungen (Landsgemeinden) im Untersuchungszeitraum 1970 bis 1996. Da für diese Kantone keine systematische Aufarbeitung der Partizipationsmöglichkeiten existiert, werden hier nur die 21 Nicht-Landsgemeindekantone berücksichtigt.

2 Konstruktion der Demokratieindizes

In den folgenden Abschnitten sollen Demokratieindizes für die Kantone der Schweiz konstruiert werden, welche die direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten widerspiegeln. Die Möglichkeit des Volkes, auf die politische Agenda Einfluss zu nehmen, wird über ihr *Verfassungs- und Gesetzesinitiativrecht* (Initiative auf Teilrevision der Verfassung sowie Gesetzesinitiative) erfasst. Mit dem *Gesetzesreferendumsrecht* werden die Oppositionsmöglichkeiten bei der Gesetzgebung abgebildet und mit dem *Finanzreferendumsrecht* jene bei der Ausgabenpolitik. Zusammengefasst geben die Indizes die *direktdemokratischen Rechte* der Bürger wieder. Zur Beurteilung werden Indizes über eine Skala von eins bis sechs verwendet, wobei sechs für sehr direktdemokratisch steht. Die Demokratieindizes werden für die Jahre 1970 und 1996 berechnet. Die bei der Berechnung der Indizes verwendeten Daten stammen vorwiegend aus dem Buch von Trechsel und Serdült (1999).

2.1 Das Verfassungs- und Gesetzesinitiativrecht

Den kantonalen Stimmbürgern ist es möglich, auf Verfassungs- und auf Gesetzesstufe neue Vorschläge in den politischen Prozess einzubringen. Sie können Initiativen auf Teilrevision der Verfassung und Gesetzesinitiativen lancieren. Je nach Kanton sind dazu jedoch die Unter-

schriften eines unterschiedlichen Anteils der Stimmbürger nötig. Zudem ist in den meisten Kantonen die Zeit beschränkt, in welcher die nötigen Unterschriften zu sammeln sind. Aus den nachfolgenden Tabellen 1 und 2 geht hervor, wie viele Indexpunkte den verschiedenen Unterschriftenzahlen und Fristen zugeordnet werden.

Tabelle 1: Indexpunkte in Abhängigkeit der verlangten Unterschriften

Anzahl Unterschriften absolut	Punkte	Anzahl Unterschriften in Prozent der Stimmberechtigten	Punkte
0 bis unter 2500	6	0 % bis unter 1 %	6
2500 bis unter 5000	5	1 % bis unter 2 %	5
5000 bis unter 7500	4	2 % bis unter 3 %	4
7500 bis unter 10000	3	3 % bis unter 4 %	3
10000 bis unter 12500	2	4 % bis unter 5 %	2
über 12500	1	über 5 %	1

Tabelle 2: Indexpunkte in Abhängigkeit der Sammelfrist

Sammelfrist für Verfassungs- und Gesetzesinitiative	Punkte
über 300 Tage oder keine Frist	6
241 bis 300 Tage	5
181 bis 240 Tage	4
121 bis 180 Tage	3
61 bis 120 Tage	2
bis 60 Tage	1

2.2 Das Gesetzesreferendumsrecht

Gegen neue Gesetze kann in allen Kantonen opponiert werden. Entweder unterliegen die Gesetze einem ordentlichen obligatorischen Referendum oder dem fakultativen Referendum. Falls in einem Kanton alle Gesetze unter das obligatorische Gesetzesreferendum fallen, werden ihm beim Gesetzesreferendumsrecht sechs Punkte vergeben. Beim fakultativen Referendum unterscheiden sich die nötigen Unterschriften (absolut und relativ zu den Stimmberechtigten) und die Einreichungsfristen zwischen den Kantonen. Die Indexpunkte werden deshalb entsprechend diesen zwei Kriterien vergeben. Unterschiede bestehen auch bezüglich der Art der Erlasse, welche unter das Gesetzesreferendum fallen. Letztere Unterschiede werden hier nur beschränkt für die Kantone Schaffhausen, Solothurn, Schwyz und Uri berücksichtigt. Diese Kantone kennen sowohl das ordentliche obligatorische als auch das fakultative Gesetzesreferendum.

Im Kanton *Uri* unterliegen einige Erlasse dem obligatorischen, andere dem fakultativen Referendum: „Das ordentliche obligatorische Gesetzesreferendum betraf [zwischen 1928 und 1985] lediglich die formellen Gesetzestexte. Landrätliche Verordnungen sowie Beschlüsse allgemeiner Natur, welche in der Regel dem fakultativen Gesetzesreferendum unterlagen [...], konnten von der Mehrheit des Landrates dem ausserordentlichen obligatorischen Gesetzesreferendum unterstellt werden. [...] In der totalrevidierten Verfassung wurde die Institution des ordentlichen obligatorischen Gesetzesreferendums für die formellen Gesetze übernommen.“ Das fakultative Gesetzesreferendum ist hingegen nur noch für landrätliche Verordnungen und nicht mehr für Beschlüsse allgemeiner Natur möglich (Trechsel und Serdült 1999: 358). Da das ordentliche obligatorische und das fakultative Gesetzesreferendum gleichzeitig bestehen, werden zur Berechnung der Indizes für 1970 und 1996 die für die beiden Instrumente vergebenen Punktzahlen gemittelt.

Der Kanton *Solothurn* kennt das fakultative Gesetzesreferendum erst seit 1988. „Seit dem Inkrafttreten der totalrevidierten Verfassung im Jahre 1988 müssen Parlamentsverordnungen dem fakultativen Gesetzesreferendum unterstellt werden. Die Parlamentsverordnung im Kanton Solothurn ist verfassungsrechtlich nur für die Einführung von Bundesgesetzen gedacht“ (Trechsel und Serdült 1999: 314). Da für die kantonale Gesetzgebung noch immer ausschliesslich das obligatorische Gesetzesreferendum gilt, wird auch nur dieses berücksichtigt.

„Bis 1980 unterstanden [im Kanton *Schaffhausen*] alle Gesetze dem ordentlichen obligatorischen Gesetzesreferendum. Mit einer Verfassungsrevision wurde 1980 das obligatorische Gesetzesreferendum beschränkt: von der obligatorischen Abstimmung sind seither alle Gesetze ausgeschlossen, 'die sich auf die Verwaltungsstruktur oder auf Ausführungs-, Vollzugs- oder Verfahrensbestimmungen beziehen und weder Mehrausgaben noch zusätzliche Abgaben bewirken und denen mindestens 4/5 der anwesenden Mitglieder des Grossen Rates zugestimmt haben' [Art. 42 bis KV]. Diese Gesetze unterstehen seither dem fakultativen Referendum“ (Trechsel und Serdült 1999: 283). Die Indexwerte ergeben sich deshalb aus der Mittelung der Punkte für das obligatorische und das fakultative Gesetzesreferendum.

„Im Kanton *Schwyz* müssen alle Gesetze dem obligatorischen Referendum unterstellt werden. [...] Ebenfalls seit dem letzten Jahrhundert müssen die gesetzesvertretenden Verordnungen des Kantonsrates dem fakultativen Gesetzesreferendum unterstellt werden. Zu den gesetzesvertretenden Verordnungen sind gemäss Huwyler von der Verfassung explizit festgehalten,

die Justizgesetzgebung, das Erziehungs-, Polizei-, Gesundheits-, Strassen- und Gehaltswesen. [...] Dazu kommt, dass aufgrund von § 32 KV durch eine obligatorische Abstimmung Verordnungskompetenzen an den Kantonsrat delegiert werden können, was anscheinend immer häufiger vorkommt. Auch bei vom Parlament ausgehenden Vollzugsverordnungen zu Gesetzen sowie zu Verordnungen kann das fakultative Referendum ergriffen werden“ (Trechsel und Serdült 1999: 304). Um den unterschiedlichen Gebrauch von obligatorischem und fakultativem Gesetzesreferendum abzubilden, wird der Mittelwert der Indexpunkte für die beiden Instrumente herangezogen.

Die Indexpunkte für die nötige Anzahl Unterschriften werden gemäss Tabelle 3 und jene für die Sammelfrist gemäss Tabelle 4 bestimmt.

Tabelle 3: Indexpunkte in Abhängigkeit der verlangten Unterschriften

Anzahl Unterschriften absolut	Punkte	Anzahl Unterschriften in Prozent der Stimmberechtigten	Punkte
0 bis unter 1250	6	0 % bis unter 1 %	6
2500 bis unter 2500	5	1 % bis unter 2 %	5
5000 bis unter 3750	4	2 % bis unter 3 %	4
7500 bis unter 5000	3	3 % bis unter 4 %	3
10000 bis unter 6250	2	4 % bis unter 5 %	2
über 6250	1	über 5 %	1

Tabelle 4: Indexpunkte in Abhängigkeit der Sammelfrist

Sammelfrist für Gesetzesreferendum	Punkte
über 150 Tage	6
121 bis 150 Tage	5
91 bis 120 Tage	4
61 bis 90 Tage	3
31 bis 60 Tage	2
Bis 30 Tage	1

2.3 Das Finanzreferendumsrecht

Zum Teil unterliegen neue Ausgaben der Kantone ab einem bestimmten Betrag dem ordentlichen obligatorischen oder fakultativen Referendum. Um zu bewerten, wie einfach und umfassend Ausgabenentscheide dem Volk vorgelegt werden können, fliesst in die Bewertung des Finanzreferendumsrechts neben der Anzahl nötiger Unterschriften und der Frist für die Unterschriftensammlung auch die notwendige Ausgabenhöhe ein, damit ein Ausgabenentscheid referendumsfähig wird. Allerdings ist nicht eindeutig, wie allgemein das Ausgabenreferen-

dum in den Kantonen gefasst ist. In einigen Kantonen werden Ausgabenkompetenzen ohne obere Beschränkung abschliessend an den Kantonsrat delegiert. Der Kanton *Aargau* kannte wohl bis 1982 gemäss Verfassung noch ein obligatorisches Finanzreferendum, doch waren die Finanzkompetenzen soweit delegiert, dass es faktisch nicht mehr bestand (Trechsel und Serdült 1999: 127). Im Kanton *Basel-Land* wird dieser Schwächung des Instruments entgegengewirkt, indem eine obere Limite für nicht-referendumsfähige Ausgaben festgelegt ist (Trechsel und Serdült 1999: 140). Die Aushöhlung des Finanzreferendumsrechts wird in jenen Kantonen berücksichtigt, wo nur nicht-budgetierte oder ausserordentliche Ausgaben ab einer bestimmten Höhe dem Finanzreferendum unterliegen. Im Kanton *Wallis* kann das ordentliche obligatorische Referendum nur angewendet werden, „wenn es sich um eine ausserordentliche Ausgabe handelte, welche nicht von den ordentlichen, budgetierten Einnahmen gedeckt werden konnte“ (Trechsel und Serdült 1999: 382). Dieses Form des Ausgabenreferendums wird durch das Nicht-Vorhandensein eines Steuerreferendums noch geschwächt. Ebenso unterliegen im Kanton *Wallis* seit 1994 nur ausserordentliche einmalige Ausgaben dem ordentlichen fakultativen Finanzreferendum (Trechsel und Serdült 1999: 383). Wenig griffig ist das Ausgabenreferendum auch in *Genf*: „Da beim fakultativen Gesetzesreferendum vorgesehen ist, dass Budgetgesetze dem Referendum entzogen werden, kann das fakultative Finanzreferendum nur bei nicht-budgetierten Ausgaben angewandt werden. Alle Ausgaben, auch wenn sie die Referendumslimiten übersteigen, können im Jahresbudget vorgesehen und dadurch dem Volkswillen gänzlich entzogen werden“ (Trechsel und Serdült 1999: 225). Im Kanton *Freiburg* waren zwischen 1948 und 1986 ebenfalls nur Gesetze und Dekrete, welche nicht-budgetierte Ausgaben von mehr als 500'000 Franken verursachten, dem fakultativen Finanzreferendum unterstellt (Trechsel und Serdült 1999: 212). Die abschliessende Delegation von Finanzkompetenzen zeigt sich beispielhaft im Kanton *Schwyz*, wo der Kantonsrat endgültig über Ausgaben im Strassenbau bis zwei Millionen Franken entscheidet, obwohl ein ordentliches obligatorisches Finanzreferendum ab einem Betrag von Fr. 250'000.- besteht. „Seit 1990 gibt es im Kanton *Schwyz* ein fakultatives Finanzreferendum bei Ausgaben im Bereich des Strassenbaus. Dem fakultativen Referendum werden seither alle Ausgaben für den Neu- und Ausbau von Kantonsstrassen unterstellt, sofern sie 2 Millionen Franken übersteigen“ (Trechsel und Serdült 1999: 306). Bei der Berechnung des Finanzreferendumsindex für den Kanton *Schwyz* wird dies berücksichtigt, indem die Punkte für das obligatorische und das fakultative Referendum gemittelt werden.

Die Bewertung der Ausgabenhürden erfolgt gemäss Tabelle 5 (für Unterschriftenzahl und Frist vgl. Tabellen 3 und 4). Der Index für das Finanzreferendumsrecht fasst die Institutionen des ordentlichen obligatorischen und des fakultativen Finanz- oder Ausgabenreferendums zusammen. Da sich das ordentliche obligatorische und das fakultative Finanzreferendum auf gleichartige Erlasse beziehen, bestimmt die jeweils höhere Punktzahl den Index für das Finanzreferendumsrecht.

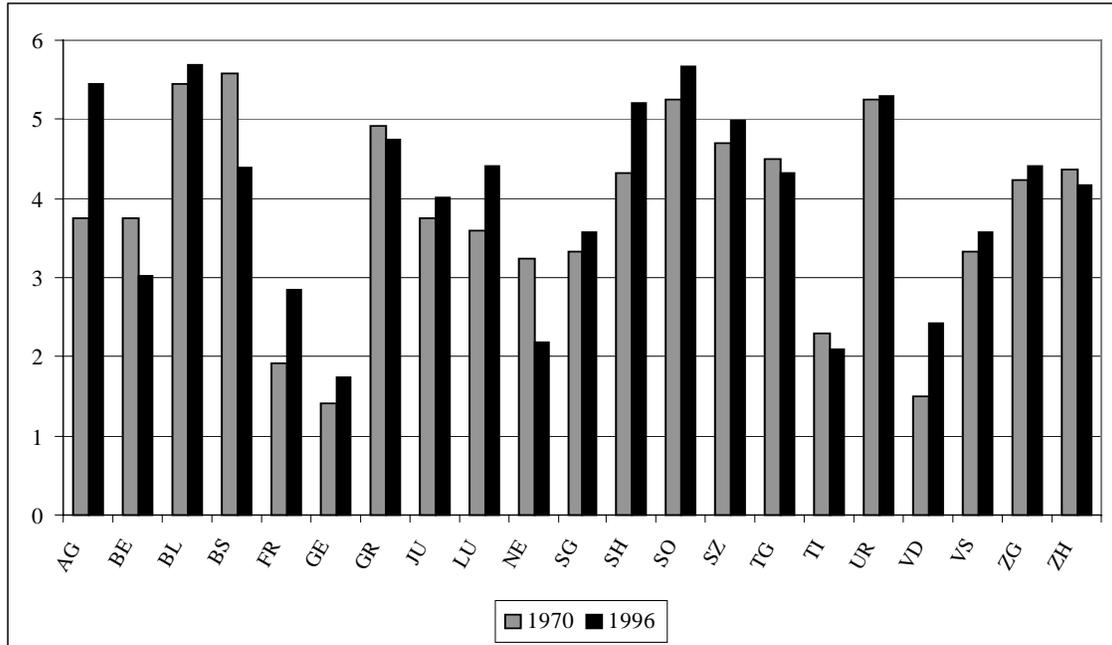
Tabelle 5: Indexpunkte in Abhängigkeit der Ausgabenhürde pro Kopf der Bevölkerung

Ausgabenhürde für ordentliches obligatorisches Finanzreferendum	Punkte	Ausgabenhürde für ordentliches fakultatives Finanzreferendum	Punkte
Fr. 0.- bis unter Fr. 10.-	6	Fr. 0.- bis unter Fr. 5.-	6
Fr. 10.- bis unter Fr. 20.-	5	Fr. 5.- bis unter Fr. 10.-	5
Fr. 20.- bis unter Fr. 30.-	4	Fr. 10.- bis unter Fr. 15.-	4
Fr. 30.- bis unter Fr. 40.-	3	Fr. 15.- bis unter Fr. 20.-	3
Fr. 40.- bis unter Fr. 50.-	2	Fr. 20.- bis unter Fr. 25.-	2
über Fr. 50.-	1	Über Fr. 25.-	1

3 Direktdemokratische Rechte 1970 und 1996

Anhand der eben beschriebenen Kriterien werden für die vier hier berücksichtigten direktdemokratischen Instrumente Indizes berechnet. Die Ergebnisse sind im Anhang tabellarisch dargestellt. Ein Gesamtindex für die direktdemokratischen Rechte lässt sich als arithmetisches Mittel aus den Indizes für das Verfassungsinitiativ-, Gesetzesinitiativ-, Gesetzesreferendums- und Finanzreferendumsrecht berechnen. Abbildung 1 zeigt die unterschiedliche Ausprägung der direkten Demokratie in den Kantonen der Schweiz für die Jahre 1970 und 1996, wenn alle Hürden gleich gewichtet werden (vgl. Tabelle A6 im Anhang).

Abbildung 1: Indizes für die direktdemokratischen Rechte in den Kantonen der Schweiz (1970 und 1996)

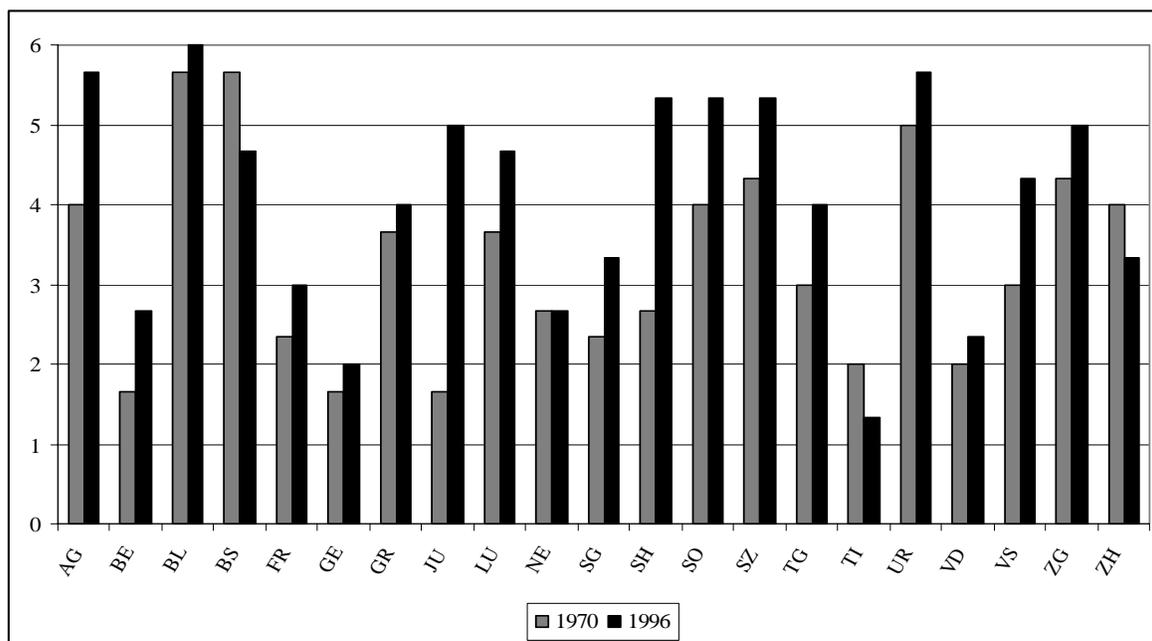


Bemerkungen: Die Abkürzungen stehen für folgende Kantonsnamen: Aargau (AG), Bern (BE), Basel Land (BL), Basel Stadt (BS), Fribourg (FR), Genève (GE), Graubünden (GR) Jura (JU), Luzern (LU), Neuchâtel (NE), St. Gallen (SG), Schaffhausen (SH), Solothurn (SO), Schwyz (SZ), Thurgau (TG), Ticino (TI), Uri (UR), Vaud (VD), Valais (VS), Zug (ZG) und Zürich (ZH).

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten aus Trechsel und Serdült (1999).

Die Abbildungen 2 bis 5 präsentieren die ungewichteten Indexwerte der vier direktdemokratischen Rechte für die Jahre 1970 und 1996 im direkten Vergleich. Bei den Initiativrechten weist der Index für die meisten Kantone eine Öffnung des politischen Prozesses aus, welche besonders auf die gesunkene relative Unterschriftenzahl zurückzuführen ist. Dafür sind sowohl das Bevölkerungswachstum als auch in einzelnen Kantonen die Einführung des Frauenstimmrechts, des Stimmrechtsalters 18 und des Ausländerstimmrechts verantwortlich. Die Hürden beim Gesetzesreferendumsrecht wurden in sieben Kantonen erhöht und sanken in weiteren sieben Kantonen. Das Finanzreferendumsrecht wurde dagegen in einer Mehrheit der Kantone eingeschränkt. Gesamthaft deutet der Index für die direktdemokratischen Rechte auf eine Öffnung in vierzehn Kantonen und eine Einschränkung der direkten Volksrechte in sieben Kantonen hin.

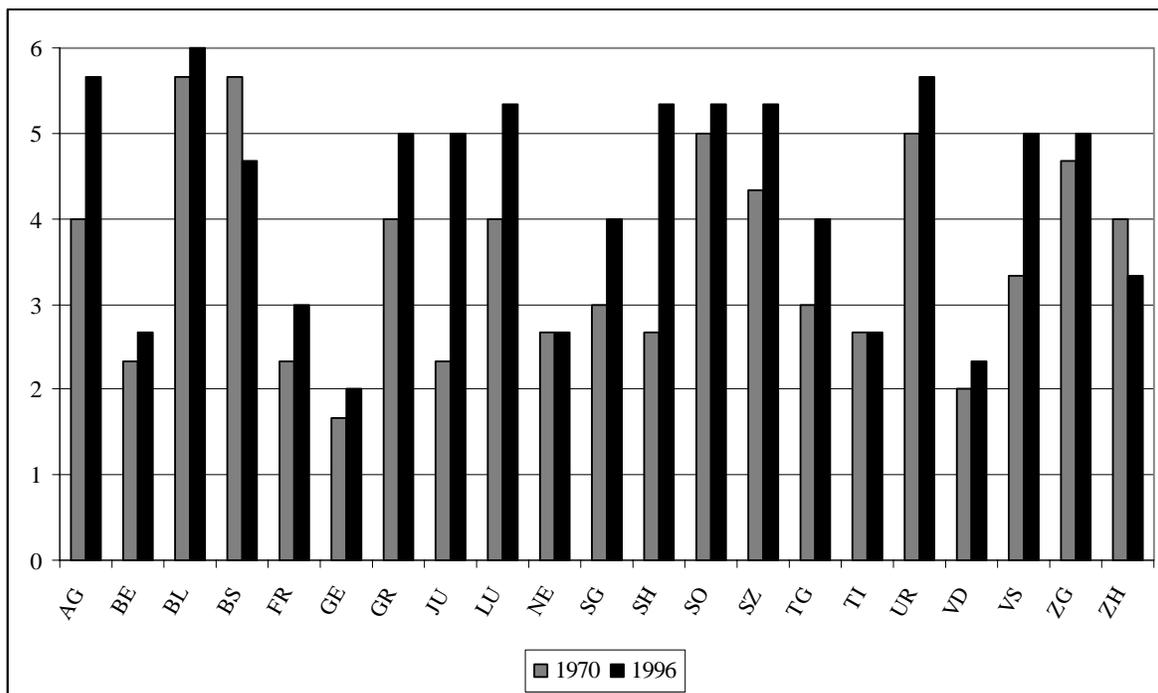
Abbildung 2: Indizes für das Verfassungsinitiativrecht in den Kantonen der Schweiz (1970 und 1996)



Bemerkungen: Vgl. Abbildung 1.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten aus Trechsel und Serdült (1999).

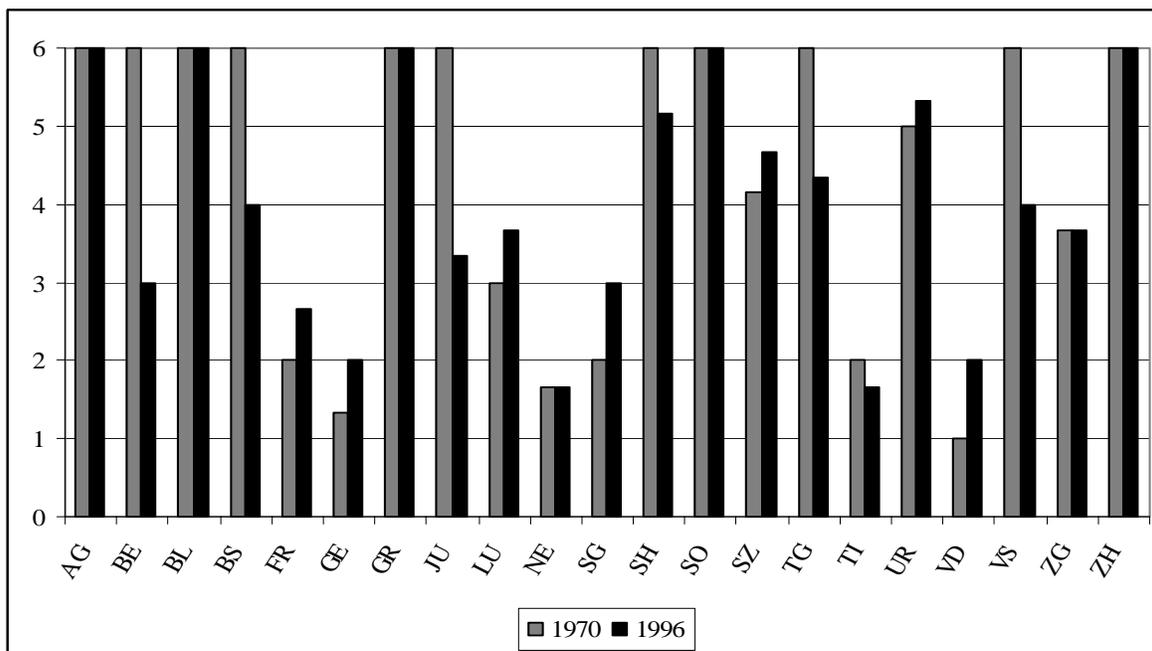
Abbildung 3: Indizes für das Gesetzesinitiativrecht in den Kantonen der Schweiz (1970 und 1996)



Bemerkungen: Vgl. Abbildung 1.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten aus Trechsel und Serdült (1999).

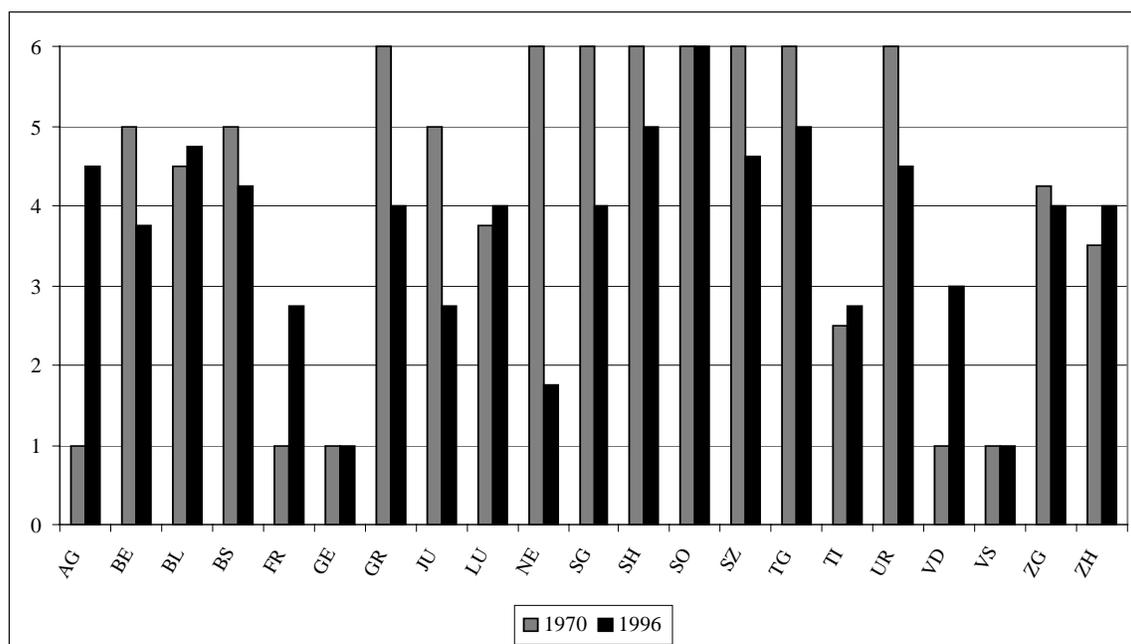
Abbildung 4: Indizes für das Gesetzesreferendumsrecht in den Kantonen der Schweiz (1970 und 1996)



Bemerkungen: Vgl. Abbildung 1.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten aus Trechsel und Serdült (1999).

Abbildung 5: Indizes für das Finanzreferendumsrecht in den Kantonen der Schweiz (1970 und 1996)



Bemerkungen: Vgl. Abbildung 1.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten aus Trechsel und Serdült (1999).

4 Schlussfolgerungen

Die Ausprägung der direktdemokratischen Instrumente in den Schweizer Kantonen ist sehr unterschiedlich. Diese Unterschiede werden hier mit Hilfe von Indizes abgebildet. Die Indizes erfassen dabei die Instrumente der Verfassungs- und Gesetzesinitiative, des Gesetzesreferendums und des Finanzreferendums. Als Beurteilungskriterien dienen die Anzahl Unterschriften (absolut und relativ zu den Stimmberechtigten), die verlangt werden, um ein Instrument zu ergreifen, der Zeit, welche für die Sammlung der Unterschriften zur Verfügung steht, und die Ausgabenhöhe, ab welcher ein Finanzreferendum möglich ist. Die Indizes werden für die Jahre 1970 und 1996 erhoben und spiegeln somit auch die dynamische Entwicklung der direktdemokratischen Rechte in den Kantonen der Schweiz. Eine zusammenfassende Übersicht anhand des aggregierten Indexes direktdemokratische Rechte bietet die Tabelle 6.

Tabelle 6: Direktdemokratische Rechte in den Kantonen der Schweiz, 1970 und 1996

Direktdemokratische Rechte	1970	1996
Index 5 bis 6	BL, BS, SO, UR	AG, BL, SH, SO, UR
Index 4 bis 5	GR, SH, SZ, TG, ZG, ZH	BS, GR, JU, LU, SZ, TG, ZG, ZH
Index 3 bis 4	AG, BE, JU, LU, NE, SG, VS	BE, SG, VS
Index 2 bis 3	TI	FR, NE, TI, VD
Index 1 bis 2	FR, GE, VD	GE

Bemerkungen: Vgl. Abbildung 1.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten aus Trechsel und Serdült (1999).

Die bisherige institutionell vergleichende Forschung in der Ökonomie und in der Politikwissenschaft hat bereits aufgezeigt, dass unterschiedliche Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger sich auf den politischen Prozess und dessen Ergebnis auswirken. Mit den hier bereitgestellten Demokratieindizes soll die empirische Untersuchung der Beziehungen zwischen direktdemokratischen Institutionen, politischem Prozess und Ergebnis erleichtert und hoffentlich auch angeregt werden.

5 Literaturverzeichnis

- Beetham, David (Hrsg.) (1994). *Defining and Measuring Democracy*. London: Sage.
- De Spindler, Jürg (1998). *Vorschläge für eine institutionelle Neugestaltung öffentlicher Aufgaben im lokalen und regionalen Bereich. Eine vergleichende Analyse staatlicher Institutionen aus der Sicht der Neuen Politischen Ökonomie auf der Basis des FOCJ-Modells*. Dissertation. Universität Zürich.
- Eichenberger, Reiner (1999). Mit direkter Demokratie zu besserer Wirtschafts- und Finanzpolitik: Theorie und Empirie. In: Hans Herbert von Arnim (Hrsg.). *Adaequate Institutionen: Voraussetzung für "gute" und bürgernahe Politik?* Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Berlin: Duncker & Humblot, erscheint demnächst.
- Feld, Lars und Gebhard Kirchgässner (1999). Public Debt and Budgetary Procedures: Top down or Bottom Up? Some Evidence from Swiss Municipalities. In: James M. Poterba und Jürgen von Hagen (Hrsg.). *Fiscal Institutions and Fiscal Performance*. Chicago: Chicago University Press.
- Kirchgässner, Gebhard, Lars P. Feld und Marcel R. Savioz (1999). *Die direkte Demokratie: Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig*. Basel et al.: Helbing und Lichtenhahn/Vahlen/Beck.
- Kriesi, Hanspeter (1995). *Le Système Politique Suisse*. Paris: Economica.
- Moser, Christian (1985). *Institutionen und Verfahren der Rechtsetzung in den Kantonen*. Bern: Forschungszentrum für Schweizerische Politik.
- Pommerehne, Werner W. (1978). Institutional Approaches to Public Expenditure: Empirical Evidences from Swiss Municipalities. *Journal of Public Economics* 9: 255-280.
- Pommerehne, Werner W. und Hannelore Weck-Hannemann (1996). Tax Rates, Tax Administration and Income Tax Evasion in Switzerland. *Public Choice* 88: 161-170.
- Saward, Michael (1994). Democratic Theory and Indices of Democratization. In: David Beetham (Hrsg.). *Defining and Measuring Democracy*. London: Sage: 6-24.
- Siermann, Clemens L. J. (1998). *Politics, Institutions and the Economic Performance of Nations*. Cheltenham, UK: Elgar.
- Stutzer, Alois und Bruno S. Frey (1999). Stärkere Volksrechte – Zufriedenere Bürger. Eine mikroökonomische Untersuchung für die Schweiz. Mimeo. Institut für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Zürich.
- Trechsel, Alexander und Uwe Serdült (1999). *Kaleidoskop Volksrechte. Die Institutionen der direkten Demokratie in den schweizerischen Kantonen 1970-1996*. Basel, Genf, München: Helbing & Lichtenhahn.

Vatter, Adrian (1997). Die Wechselbeziehungen von Konkordanz- und Direktdemokratie.
Politische Vierteljahresschrift 38(4): 743-770.

Anhang

Tabelle A1: Verfassungsinitiative

Tabelle A2: Gesetzesinitiative

Tabelle A3: Ordentliches obligatorisches und fakultatives Gesetzesreferendum

Tabelle A4: Ordentliches obligatorisches Finanzreferendum (Ausgabenreferendum)

Tabelle A5: Ordentliches fakultatives Finanzreferendum (Ausgabenreferendum)

Tabelle A6: Direktdemokratische Rechte

Bemerkungen zu den nachfolgenden Tabellen:

¹ Der Kanton Jura war 1970 noch Teil des Kantons Bern, weshalb beiden Kantonen 1970 die gleichen Punktzahlen zugeordnet werden.

² Die Ausgabenhürde für ein ordentliches obligatorisches Ausgabenreferendum wird erreicht, wenn die neue einmalige Ausgabe im Kanton Freiburg 1 Prozent der letzten genehmigten Staatsrechnung (1995: 1,7 Mia.), im Kanton Neuenburg 1,5 Prozent der letztjährigen Gesamteinnahmen (1995: 1,2 Mia. Fr.) und im Kanton Jura 5 Prozent des Ertrages des letzten Budgets (1995: 634 Mio. Fr. Gesamteinnahmen) überschreitet (Finanzzahlen aus de Spindler 1998).

³ Die Ausgabenhürde für ein ordentliches fakultatives Ausgabenreferendum wird erreicht, wenn die neue einmalige Ausgabe im Kanton Freiburg 0.25 Prozent der letzten genehmigten Staatsrechnung (1995: 1,7 Mia.), im Kanton Jura 0,5 Prozent des Ertrages des letzten Budgets (1995: 634 Mio. Fr.), im Kanton Neuenburg 3 Promille der Staatsrechnung (1995: 1,3 Mia. Fr.) und im Kanton Wallis 0.75 Prozent der Ausgaben der letzten Investitionsrechnung (1995: 446 Mio. Fr.) übersteigt (Finanzzahlen aus de Spindler 1998 und vom Finanzinspektorat des Kantons Wallis).

Tabelle A1: Verfassungsinitiative¹

	Anzahl		Unterschriften				Frist		Indexpunkte				Index			
	Stimmberechtigte		absolut	relativ	absolut	relativ	Tage		abs. U.		rel. U.		Frist			
	1970	1996	1970		1996		1970	1996	1970	1996	1970	1996	1970	1996		
1 ZH	284'811	761'025	5'000	1.76%	10'000	1.31%	180	180	4	2	5	5	3	3	4.00	3.33
2 ZG	16'551	60'625	1'000	6.04%	2'000	3.30%	-	-	6	6	1	3	6	6	4.33	5.00
3 VS	56'446	175'391	12'000	21.26%	6'000	3.42%	-	-	2	4	1	3	6	6	3.00	4.33
4 VD	283'634	356'324	12'000	4.23%	12'000	3.37%	90	90	2	2	2	3	2	2	2.00	2.33
5 UR	9'542	25'166	300	3.14%	300	1.19%	-	-	6	6	3	5	6	6	5.00	5.67
6 TI	135'130	191'293	7'000	5.18%	10'000	5.23%	60	60	4	2	1	1	1	1	2.00	1.33
7 TG	45'441	136'503	2'500	5.50%	4'000	2.93%	180	180	5	5	1	4	3	3	3.00	4.00
8 SZ	25'673	79'893	2'000	7.79%	2'000	2.50%	-	-	6	6	1	4	6	6	4.33	5.33
9 SO	59'917	162'894	3'000	5.01%	3'000	1.84%	-	540	5	5	1	5	6	6	4.00	5.33
10 SH	18'721	47'789	1'000	5.34%	1'000	2.09%	60	-	6	6	1	4	1	6	2.67	5.33
11 SG	96'340	277'327	8'000	8.30%	8'000	2.88%	180	180	3	3	1	4	3	3	2.33	3.33
12 NE	95'001	102'476	6'000	6.32%	6'000	5.86%	180	180	4	4	1	1	3	3	2.67	2.67
13 LU	76'777	226'280	5'000	6.51%	5'000	2.21%	360	360	4	4	1	4	6	6	3.67	4.67
14 JU	-	51'019	-	-	2'000	3.92%	-	360	1	6	1	3	3	6	1.67	5.00
15 GR	41'817	123'940	5'000	11.96%	5'000	4.03%	360	360	4	4	1	2	6	6	3.67	4.00
16 GE	171'490	206'644	10'000	5.83%	10'000	4.84%	90	120	2	2	1	2	2	2	1.67	2.00
17 FR	51'113	150'899	6'000	11.74%	6'000	3.98%	90	90	4	4	1	3	2	2	2.33	3.00
18 BS	149'505	125'090	2'000	1.34%	4'000	3.20%	-	-	6	5	5	3	6	6	5.67	4.67
19 BL	108'208	172'873	1'500	1.39%	1'500	0.87%	-	-	6	6	5	6	6	6	5.67	6.00
20 BE	277'763	675'533	15'000	5.40%	15'000	2.22%	180	180	1	1	1	4	3	3	1.67	2.67
21 AG	107'570	339'338	5'000	4.65%	3'000	0.88%	-	360	4	5	2	6	6	6	4.00	5.67

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Trechsel, Alexander und Uwe Serdült (1999). Kaleidoskop Volksrechte. Die Institutionen der direkten Demokratie in den schweizerischen Kantonen 1970-1996. Basel, Genf, München: Helbing & Lichtenhahn.

Tabelle A2: Gesetzesinitiative¹

	Anzahl		Unterschriften				Frist		Indexpunkte				Index			
	Stimmberechtigte		absolut	relativ	absolut	relativ	Tage		abs. U.		rel. U.		Frist			
	1970	1996	1970		1996		1970	1996	1970	1996	1970	1996	1970	1996		
1 ZH	284'811	761'025	5'000	1.76%	10'000	1.31%	180	180	4	2	5	5	3	3	4.00	3.33
2 ZG	16'551	60'625	800	4.83%	2'000	3.30%	-	-	6	6	2	3	6	6	4.67	5.00
3 VS	56'446	175'391	8'000	14.17%	4'000	2.28%	-	-	3	5	1	4	6	6	3.33	5.00
4 VD	283'634	356'324	12'000	4.23%	12'000	3.37%	90	90	2	2	2	3	2	2	2.00	2.33
5 UR	9'542	25'166	300	3.14%	300	1.19%	-	-	6	6	3	5	6	6	5.00	5.67
6 TI	135'130	191'293	5'000	3.70%	7'000	3.66%	60	60	4	4	3	3	1	1	2.67	2.67
7 TG	45'441	136'503	2'500	5.50%	4'000	2.93%	180	180	5	5	1	4	3	3	3.00	4.00
8 SZ	25'673	79'893	2'000	7.79%	2'000	2.50%	-	-	6	6	1	4	6	6	4.33	5.33
9 SO	59'917	162'894	2'000	3.34%	3'000	1.84%	-	540	6	5	3	5	6	6	5.00	5.33
10 SH	18'721	47'789	1'000	5.34%	1'000	2.09%	60	-	6	6	1	4	1	6	2.67	5.33
11 SG	96'340	277'327	4'000	4.15%	4'000	1.44%	90	90	5	5	2	5	2	2	3.00	4.00
12 NE	95'001	102'476	6'000	6.32%	6'000	5.86%	180	180	4	4	1	1	3	3	2.67	2.67
13 LU	76'777	226'280	4'000	5.21%	4'000	1.77%	360	360	5	5	1	5	6	6	4.00	5.33
14 JU	-	51'019	-	-	2'000	3.92%	-	360	2	6	2	3	3	6	2.33	5.00
15 GR	41'817	123'940	3'000	7.17%	3'000	2.42%	360	360	5	5	1	4	6	6	4.00	5.00
16 GE	171'490	206'644	10'000	5.83%	10'000	4.84%	90	120	2	2	1	2	2	2	1.67	2.00
17 FR	51'113	150'899	6'000	11.74%	6'000	3.98%	90	90	4	4	1	3	2	2	2.33	3.00
18 BS	149'505	125'090	2'000	1.34%	4'000	3.20%	-	-	6	5	5	3	6	6	5.67	4.67
19 BL	108'208	172'873	1'500	1.39%	1'500	0.87%	-	-	6	6	5	6	6	6	5.67	6.00
20 BE	277'763	675'533	12'000	4.32%	15'000	2.22%	180	180	2	1	2	4	3	3	2.33	2.67
21 AG	107'570	339'338	5'000	4.65%	3'000	0.88%	-	360	4	5	2	6	6	6	4.00	5.67

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Trechsel, Alexander und Uwe Serdült (1999). Kaleidoskop Volksrechte. Die Institutionen der direkten Demokratie in den schweizerischen Kantonen 1970-1996. Basel, Genf, München: Helbing & Lichtenhahn.

Tabelle A3: Ordentliches obligatorisches und fakultatives Gesetzesreferendum¹

	Anzahl		Obligatorium		Unterschriften				Frist		Indexpunkte				Index			
	Stimmberechtigte		1970	1996	absolut	relativ	absolut	relativ	1970	1996	abs. U.		rel. U.		Frist		1970	1996
	1970	1996			1970	1996	1970	1996			1970	1996	1970	1996	1970	1996		
1 ZH	284'811	761'025	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.00	6.00
2 ZG	16'551	60'625	0	0	500	3.02%	1'500	2.47%	60	60	6	5	3	4	2	2	3.67	3.67
3 VS	56'446	175'391	1	0	-	-	3'000	1.71%	-	90	-	4	-	5	-	3	6.00	4.00
4 VD	283'634	356'324	0	0	-	-	12'000	3.37%	-	40	-	1	-	3	-	2	1.00	2.00
5 UR	9'542	25'166	1	1	300	3.14%	300	1.19%	90	90	6	6	3	5	3	3	5.00	5.33
6 TI	135'130	191'293	0	0	5'000	3.70%	7'000	3.66%	30	30	2	1	3	3	1	1	2.00	1.67
7 TG	45'441	136'503	1	0	-	-	2'000	1.47%	-	90	-	5	-	5	-	3	6.00	4.33
8 SZ	25'673	79'893	1	1	2'000	7.79%	2'000	2.50%	30	30	5	5	1	4	1	1	4.17	4.67
9 SO	59'917	162'894	1	1	-	-	(1'500	0.92%)	-	(90)	-	-	-	-	-	-	6.00	6.00
10 SH	18'721	47'789	1	1	-	-	1'000	2.09%	-	90	-	6	-	4	-	3	6.00	5.17
11 SG	96'340	277'327	0	0	4'000	4.15%	4'000	1.44%	30	30	3	3	2	5	1	1	2.00	3.00
12 NE	95'001	102'476	0	0	6'000	6.32%	6'000	5.86%	40	40	2	2	1	1	2	2	1.67	1.67
13 LU	76'777	226'280	0	0	3'000	3.91%	3'000	1.33%	60	60	4	4	3	5	2	2	3.00	3.67
14 JU	-	51'019	-	0	-	-	2'000	3.92%	-	60	-	5	-	3	-	2	6.00	3.33
15 GR	41'817	123'940	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.00	6.00
16 GE	171'490	206'644	0	0	7'000	4.08%	7'000	3.39%	30	40	1	1	2	3	1	2	1.33	2.00
17 FR	51'113	150'899	0	0	6'000	11.74%	6'000	3.98%	90	90	2	2	1	3	3	3	2.00	2.67
18 BS	149'505	125'090	0	0	1'000	0.67%	2'000	1.60%	180	42	6	5	6	5	6	2	6.00	4.00
19 BL	108'208	172'873	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.00	6.00
20 BE	277'763	675'533	1	0	-	-	10'000	1.48%	-	90	-	1	-	5	-	3	6.00	3.00
21 AG	107'570	339'338	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.00	6.00

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Trechsel, Alexander und Uwe Serdült (1999). Kaleidoskop Volksrechte. Die Institutionen der direkten Demokratie in den schweizerischen Kantonen 1970-1996. Basel, Genf, München: Helbing & Lichtenhahn.

Tabelle A4: Ordentliches obligatorisches Finanzreferendum (Ausgabenreferendum)^{1,2}

	Wohnbevölkerung		Einmalige Ausgaben in Fr.				Indexpunkte Ausgaben		Index	
	1970	1996	absolut 1970	pro Kopf	absolut 1996	pro Kopf	1970	1996	1970	1996
1 ZH	1'107'788	1'194'100	-	-	-	-	1	1	1.00	1.00
2 ZG	67'996	93'200	-	-	-	-	1	1	1.00	1.00
3 VS	206'563	269'400	(200'000	0.97)	-	-	1	1	1.00	1.00
4 VD	511'851	616'800	-	-	-	-	1	1	1.00	1.00
5 UR	34'091	35'100	200'000	5.87	1'000'000	28.49	6	4	6.00	4.00
6 TI	245'458	301'400	-	-	-	-	1	1	1.00	1.00
7 TG	182'835	224'300	800'000	4.38	3'000'000	13.37	6	5	6.00	5.00
8 SZ	92'072	122'600	250'000	2.72	250'000	2.04	6	6	6.00	6.00
9 SO	224'133	238'600	150'000	0.67	2'000'000	8.38	6	6	6.00	6.00
10 SH	72'854	73'600	150'000	2.06	1'000'000	13.59	6	5	6.00	5.00
11 SG	384'475	443'400	3'000'000	7.80	10'000'000	22.55	6	4	6.00	4.00
12 NE	169'173	166'100	200'000	1.18	18'080'880	108.86	6	1	6.00	1.00
13 LU	289'641	340'900	25'000'000	86.31	25'000'000	73.34	1	1	1.00	1.00
14 JU	-	67'600	-	-	31'686'700	468.74	-	1	5.00	1.00
15 GR	162'086	189'300	800'000	4.94	5'000'000	26.41	6	4	6.00	4.00
16 GE	331'599	396'000	-	-	-	-	1	1	1.00	1.00
17 FR	180'309	228'800	-	-	16'826'880	73.54	1	1	1.00	1.00
18 BS	234'945	198'800	-	-	-	-	1	1	1.00	1.00
19 BL	204'889	251'500	-	-	-	-	1	1	1.00	1.00
20 BE	983'296	950'700	10'000'000	10.17	-	-	5	1	5.00	1.00
21 AG	433'284	528'900	(250'000	0.58)	-	-	1	1	1.00	1.00

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Trechsel, Alexander und Uwe Serdült (1999). Kaleidoskop Volksrechte. Die Institutionen der direkten Demokratie in den schweizerischen Kantonen 1970-1996. Basel, Genf, München: Helbing & Lichtenhahn.

Tabelle A5: Ordentliches fakultatives Finanzreferendum (Ausgabenreferendum)^{1,3}

	Wohnbevölkerung		Anzahl Stimmberechtigte		Einmalige Ausgaben in Fr.				Unterschriften				Frist Tage	
	1970	1996	1970	1996	absolut	pro Kopf	absolut	pro Kopf	absolut	relativ	absolut	relativ	1970	1996
					1970	1996	1970	1996	1970	1996				
1 ZH	1'107'788	1'194'100	284'811	761'025	500'000	0.45	2'000'000	1.67	5'000	1.76%	5'000	0.66%	30	45
2 ZG	67'996	93'200	16'551	60'625	40'000	0.59	500'000	5.36	500	3.02%	1'500	2.47%	60	60
3 VS	206'563	269'400	56'446	175'391	-	-	(3'345'218	12.42)	-	-	(3'000	1.69%)	-	(90)
4 VD	511'851	616'800	283'634	356'324	(0	0.00)	0	0.00	(12'000	9.29%)	12'000	3.37%	(40)	40
5 UR	34'091	35'100	9'542	25'166	-	-	500'000	14.25	-	-	300	1.19%	-	90
6 TI	245'458	301'400	135'130	191'293	200'000	0.81	200'000	0.66	5'000	3.70%	7'000	3.66%	30	30
7 TG	182'835	224'300	45'441	136'503	400'000	2.19	1'000'000	4.46	2'000	4.40%	2'000	1.47%	42	90
8 SZ	92'072	122'600	25'673	79'893	-	-	2'000'000	16.31	-	-	2'000	2.50%	-	30
9 SO	224'133	238'600	59'917	162'894	-	-	1'000'000	4.19	-	-	1'500	0.92%	-	90
10 SH	72'854	73'600	18'721	47'789	-	-	300'000	4.08	-	-	600	1.26%	-	60
11 SG	384'475	443'400	96'340	277'327	1'000'000	2.60	3'000'000	6.77	4'000	4.15%	4'000	1.44%	30	30
12 NE	169'173	166'100	95'001	102'476	-	-	3'877'752	23.35	-	-	6'000	5.86%	-	40
13 LU	289'641	340'900	76'777	226'280	1'000'000	3.45	3'000'000	8.80	3'000	3.91%	3'000	1.33%	60	60
14 JU	-	67'600	-	51'019	-	-	3'168'670	46.87	-	-	2'000	3.92%	-	60
15 GR	162'086	189'300	41'817	123'940	300'000	1.85	1'000'000	5.28	2'000	4.78%	3'000	2.42%	90	90
16 GE	331'599	396'000	171'490	206'644	(125'000	0.38)	(125'000	0.32)	(7'000	9.33%)	(7'000	3.39)	(30)	(40)
17 FR	180'309	228'800	51'113	150'899	(500'000	2.77)	4'206'720	18.39	(6'000	11.80%)	6'000	3.98%	(90)	90
18 BS	234'945	198'800	149'505	125'090	80'000	0.34	1'000'000	5.03	1'000	0.67%	2'000	1.60%	42	42
19 BL	204'889	251'500	108'208	172'873	100'000	0.49	500'000	1.99	1'500	1.39%	1'500	0.87%	42	56
20 BE	983'296	950'700	277'763	675'533	-	-	2'000'000	2.10	-	-	10'000	1.48%	-	90
21 AG	433'284	528'900	107'570	339'338	-	-	3'000'000	5.67	-	-	3'000	0.88%	-	90

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Trechsel, Alexander und Uwe Serdült (1999). Kaleidoskop Volksrechte. Die Institutionen der direkten Demokratie in den schweizerischen Kantonen 1970-1996. Basel, Genf, München: Helbing & Lichtenhahn.

Tabelle A5: Ordentliches fakultatives Finanzreferendum (Ausgabenreferendum)
(Teil 2)

	Ausgaben		abs. U.		Indexpunkte rel. U.		Frist		Index	
	1970	1996	1970	1996	1970	1996	1970	1996	1970	1996
1 ZH	6	6	2	2	5	6	1	2	3.50	4.00
2 ZG	6	5	6	5	3	4	2	2	4.25	4.00
3 VS	1	1	1	1	1	1	1	1	1.00	1.00
4 VD	1	6	1	1	1	3	1	2	1.00	3.00
5 UR	1	4	1	6	1	5	1	3	1.00	4.50
6 TI	6	6	2	1	1	3	1	1	2.50	2.75
7 TG	6	6	5	5	2	5	2	3	3.75	4.75
8 SZ	1	3	1	5	1	4	1	1	1.00	3.25
9 SO	1	6	1	5	1	6	1	3	1.00	5.00
10 SH	1	6	1	6	1	5	1	2	1.00	4.75
11 SG	6	5	3	3	2	5	1	1	3.00	3.50
12 NE	1	2	1	2	1	1	1	2	1.00	1.75
13 LU	6	5	4	4	3	5	2	2	3.75	4.00
14 JU	-	1	-	5	-	3	-	2	1.00	2.75
15 GR	6	5	5	4	2	4	3	3	4.00	4.00
16 GE	1	1	1	1	1	1	1	1	1.00	1.00
17 FR	1	3	1	2	1	3	1	3	1.00	2.75
18 BS	6	5	6	5	6	5	2	2	5.00	4.25
19 BL	6	6	5	5	5	6	2	2	4.50	4.75
20 BE	1	6	1	1	1	5	1	3	1.00	3.75
21 AG	1	5	1	4	1	6	1	3	1.00	4.50

Tabelle A6: Direktdemokratische Rechte**Demokratieindizes für die Zeitpunkte 1970 und 1996**

(Offenheit der Kantone gegenüber direktdemokratischen Instrumenten)

	Verfassungs- initiativrecht		Gesetzes- initiativrecht		Gesetzes- referendumsrecht		Finanz- referendumsrecht		Direktdemokratische Rechte		
	1970	1996	1970	1996	1970	1996	1970	1996	1970	1996	Durchschnitt
1 ZH	4.00	3.33	4.00	3.33	6.00	6.00	3.50	4.00	4.38	4.17	4.27
2 ZG	4.33	5.00	4.67	5.00	3.67	3.67	4.25	4.00	4.23	4.42	4.32
3 VS	3.00	4.33	3.33	5.00	6.00	4.00	1.00	1.00	3.33	3.58	3.46
4 VD	2.00	2.33	2.00	2.33	1.00	2.00	1.00	3.00	1.50	2.42	1.96
5 UR	5.00	5.67	5.00	5.67	5.00	5.33	6.00	4.50	5.25	5.29	5.27
6 TI	2.00	1.33	2.67	2.67	2.00	1.67	2.50	2.75	2.29	2.10	2.20
7 TG	3.00	4.00	3.00	4.00	6.00	4.33	6.00	5.00	4.50	4.33	4.42
8 SZ	4.33	5.33	4.33	5.33	4.17	4.67	6.00	4.63	4.71	4.99	4.85
9 SO	4.00	5.33	5.00	5.33	6.00	6.00	6.00	6.00	5.25	5.67	5.46
10 SH	2.67	5.33	2.67	5.33	6.00	5.17	6.00	5.00	4.33	5.21	4.77
11 SG	2.33	3.33	3.00	4.00	2.00	3.00	6.00	4.00	3.33	3.58	3.46
12 NE	2.67	2.67	2.67	2.67	1.67	1.67	6.00	1.75	3.25	2.19	2.72
13 LU	3.67	4.67	4.00	5.33	3.00	3.67	3.75	4.00	3.60	4.42	4.01
14 JU	1.67	5.00	2.33	5.00	6.00	3.33	5.00	2.75	3.75	4.02	3.89
15 GR	3.67	4.00	4.00	5.00	6.00	6.00	6.00	4.00	4.92	4.75	4.83
16 GE	1.67	2.00	1.67	2.00	1.33	2.00	1.00	1.00	1.42	1.75	1.58
17 FR	2.33	3.00	2.33	3.00	2.00	2.67	1.00	2.75	1.92	2.85	2.39
18 BS	5.67	4.67	5.67	4.67	6.00	4.00	5.00	4.25	5.58	4.40	4.99
19 BL	5.67	6.00	5.67	6.00	6.00	6.00	4.50	4.75	5.46	5.69	5.57
20 BE	1.67	2.67	2.33	2.67	6.00	3.00	5.00	3.75	3.75	3.02	3.39
21 AG	4.00	5.67	4.00	5.67	6.00	6.00	1.00	4.50	3.75	5.46	4.60

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Trechsel, Alexander und Uwe Serdült (1999). Kaleidoskop Volksrechte. Die Institutionen der direkten Demokratie in den schweizerischen Kantonen 1970-1996. Basel, Genf, München: Helbing & Lichtenhahn.